

Nachehrungen von verdienten Bürgerinnen und Bürgern im Ratstrakt



Nachehrung (von links): Markus Kowall (Schwimmverein Heil), Sabrina Kühnle-Kallenbach (Netzwerk „foodsharing“), Marlies Kirstein (Behindertenkreis Sundern), Sascha Kallenbach (Netzwerk „foodsharing“), Peter Kollmann (DRK) und Bürgermeister Bernd Schäfer.

Traditionsgemäß hat der Bürgermeister der Stadt Bergkamen auch in diesem Jahr im November verdiente Bürgerinnen und Bürger mit der Ehrenmedaille der Stadt Bergkamen, der Silbermedaille der Stadt Bergkamen, der Ehrenadel der Stadt Bergkamen, der Jubiläumsehrenamtskarte NRW und der Ehrenamtskarte NRW

ausgezeichnet.

All diejenigen, die zur großen Ehrungsveranstaltung am 04. November 2022 verhindert waren, waren am 24.11.2022 zu einem Nachehrungstermin im Rathaus eingeladen.

Nachträglich geehrt wurden:

- Marlies Kirstein (Behindertenkreis Sundern) mit der Ehrennadel der Stadt Bergkamen
- Peter Kollmann (DRK) mit der Ehrennadel der Stadt Bergkamen und der Jubiläumsehrenamtskarte NRW
- Sascha Kallenbach (Netzwerk „foodsharing“) mit der Ehrenamtskarte NRW
- Sabrina Kühle-Kallenbach (Netzwerk „foodsharing“) mit der Ehrenamtskarte NRW
- Markus Kowall (Schwimmverein Heil) mit der Ehrenamtskarte NRW

Silvia Gosewinkel: „Stopp Gewalt gegen Frauen!“ – Beim Schutz von Frauen vor Gewalt darf nicht gespart werden!



Silvia Gosewinkel

Der 25. November ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Unter dem Motto „Stopp Gewalt gegen Frauen“ fordert die UN-Kampagne „Orange the World“ in diesem Jahr das Ende geschlechterspezifischer Gewalt.

„In Deutschland ist fast jede dritte Frau von sexuellen oder körperlicher Gewalt betroffen. Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt jeglicher Art ist eine große Verantwortung, die wir als Gesellschaft übernehmen müssen“, sagt Silvia Gosewinkel, Landtagsabgeordnete im Kreis Unna.

Die Istanbul-Konvention definiert Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung und als Diskriminierung gegen Frauen. Sie verpflichtet mittragende Länder, ausreichend finanzielle und personelle Mittel zur Prävention von Gewalt an Frauen bereitzustellen. Damit wird die Grundlage für die Bekämpfung von jeglicher Gewalt an Frauen und Mädchen in Deutschland gelegt. Um den Schutz konsequent umsetzen zu können, ist ein landesweites System mit Angeboten und niedrighschwelligem Zugang zu den Hilfeeinrichtungen nötig.

Ab Februar 2023 gilt die Istanbul-Konvention in Deutschland uneingeschränkt. Dazu plant die Landesregierung Nordrhein-Westfalens eine Koordinierungsstelle auf Landesebene. „Verwunderlich ist, dass im Haushaltsplan für 2023 allerdings

der Haushaltstitel für den Schutz von Frauen um 1,85 Mio. Euro reduziert wird“, betont Gosewinkel.

Vor allem Frauenhäuser haben einen besonderen Stellenwert im Hilfesystem für Frauen. Sie leisten einen enorm wichtigen Beitrag und sind ein Ausweg aus dem Leid. „Bei meinem Besuch im Frauenforum im Kreis Unna e.V. wurde die Wichtigkeit nochmal deutlich. Hier werden Hilfsangebote unter einem Dach vereint. Damit gelingt der einfache Zugang zu den Hilfsangeboten“, sagt Gosewinkel.

Die SPD-Fraktion im Landtag fordert Frauenhäuser verstärkt in den Fokus zu nehmen und die Erhöhung der Fallpauschalen in den Frauenhäusern umzusetzen, um den Bedarfen der Frauen und Kinder gerecht zu werden. Außerdem fordert sie die Reduzierung des Haushaltstitels für den Schutz von Frauen zurückzunehmen und die Mittel wieder in den Haushalt zu stellen.

**Bundestagsabgeordneter
Kaczmarek ruft Musikszene im
Kreis Unna zur Bewerbung für
den neuen Amateurmusikfonds
auf**



Oliver Kaczmarek

“Seit diesem Monat gibt es für Chöre, Orchester und viele weitere Akteure aus dem Amateurmusikbereich eine neue Fördermöglichkeit“, freut sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek und ermuntert die Musikszene im Kreis Unna, sich für den jetzt vom Deutschen Bundestag beschlossenen Amateurmusikfonds zu bewerben.

Mit dem Fonds in Höhe von 5. Mio. Euro sollen nicht nur pandemiebedingte Einbußen von Chören oder Orchestern abgemildert, sondern auch der gesellschaftlich-kulturelle Wert ihrer Arbeit langfristig unterstützt und sichtbarer gemacht werden, erklärt Kaczmarek. Damit werde nun endlich ein Bereich der Musikszene bedacht, in dem deutschlandweit mehr als 14 Millionen Menschen und hundertausend Ensembles aktiv seien und diesen seit jeher mit gesellschaftlichem Engagement und Kreativität bereicherten. Darüber hinaus, so Kaczmarek weiter, könnten nun auch Investitions-vorhaben in die Zukunft und Vielfalt des Amateurmusikbereichs nachhaltig wirksam gefördert werden. Damit schließe der Amateurmusikfonds eine Lücke der bisher bestehenden Bundeskulturfonds, die die Förderung der musikalischen Breitenkultur bisher nicht vorgesehen habe.

Bewerben für Finanzmittel können sich Initiativen und Vereine beim Bundesmusik-verband Chor & Orchester, der den Amateurmusikfonds zeitnah mit Leben füllen wird und künftig die Ausschreibungen verantwortet.

SPD-Abgeordneter Kaczmarek trifft Betriebsratsvorsitzenden des Steag-Kradtwerks Heil im Bundestag



Betriebsratsvorsitzender Bernd Hagemeyer (r.) mit Oliver Kaczmarek auf dem Dach des Deutschen Bundestags.

Zum 25. Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion Betriebsrät:innen, Schwerbehindertenvertretungen und Personalrät:innen aus ganz Deutschland in den Bundestag eingeladen. In der Konferenz unter dem Motto „Transformation in besonderen Zeiten – Wie können Umbau und Beschäftigungssicherung gelingen?“ ging es zum einen um die Herausforderungen für die Betriebe und

Beschäftigten in der aktuellen Energiekrise und zum anderen um die langfristige Perspektive des industriellen Umbaus im Zeichen von Klimaneutralität und Digitalisierung.

Insgesamt nahmen rund 120 Vertreter:innen aus ganz Deutschland in Berlin teil, etwa 200 waren online zugeschaltet. Aus dem Kreis Unna war Bernd Hagemeyer, Betriebsratsvorsitzender im Bergkamener Steag-Kraftwerk, auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek im Bundestag dabei.

Energiedialog Kreis Unna stimmt optimistisch



Energiedialog Kreis Unna in der Stadthalle Kamen. Foto: Robert Szkudarek

110 angemeldete Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter waren gestern der Einladung von Landrat und WFG Aufsichtsratsvorsitzendem Mario Löhr und WFG-Geschäftsführer Sascha Dorday zum Energiedialog Kreis Unna in die Stadthalle Kamen gefolgt. Die Botschaft, die die Entscheider aus Industrie und Handwerk mitnahmen, stimmte durchaus optimistisch. Denn, da waren sich sowohl die Referenten als auch die Vertreter des hochkarätig besetzten Expertengesprächs einig: Auch wenn die Energiekrise noch lange nicht vorbei ist, so seien doch die Risiken beherrschbar geworden.

Landrat Mario Löhr, auf dessen Initiative die Veranstaltung zurückging, informierte in seiner Eröffnungsansprache über die Aktivitäten des von ihm ins Leben gerufene Runden Tisches Energie. Ziel sei es, ein Netzwerk aufzubauen, zu informieren und konkrete Hilfsangebote für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen, so Löhr. „Vielleicht können wir für Ihre Probleme nicht immer gleich Lösungen präsentieren, aber wir arbeiten daran und das ist mir wichtig“, so der Landrat. „Melden Sie sich, wenn Sie Hilfe brauchen“, appellierte er an die anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmer.

In einem „Bericht aus Berlin“ informierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek über die bereits von der Ampelkoalition auf den Weg gebrachten Entlastungspakete, wie unter anderem die Gaspreisbremse für die Industrie und für kleine und mittlere Unternehmen sowie auf die noch zu beschließende Strompreisbremse. „Die Herausforderung ist riesig, die Richtung ist klar. Ich bin überzeugt, dass wir das hier im Kreis Unna und im ganzen Land schaffen werden“, machte der Parlamentarier Mut. „Lassen Sie uns miteinander ins Gespräch kommen!

Wo sind noch Lücken, wo fehlt Ihnen noch was?“, forderte der SPD-Politiker das Auditorium zum Dialog auf.

Mit Urs Neuhöffer, Geschäftsführer der succedo Unternehmensberatung GmbH referierte im Anschluss ein

ausgewiesener Experte aus der Energiewirtschaft, der seit vielen Jahren bundesweit energieintensive Letztverbraucher aus Industrie, Handel und Gewerbe, Energieanbieter, Hersteller sowie die öffentliche Hand berät. Im Rahmen seines Vortrages zum Thema „Energiekosten und Versorgungssicherheit“ thematisierte er die Bereiche Energiepreise, Hintergründe und Ursachen, Versorgungssicherheit und ging natürlich auch auf Hilfen und

Unterstützungsmöglichkeiten ein. „Die Strom- und Gaspreise haben ihren Höhepunkt überschritten. Unternehmen sollten sich neu orientieren, was die Beschaffung und das damit einhergehende Vorgehen angeht. Die Energiepreisbremsen sind in Sicht“, so das Fazit des Experten zum Thema Energiepreise. Auch für den Bereich

Energieversorgung stimmte sein Vortrag optimistisch: „Die Gasversorgung für die nächsten 120 Tage sieht relativ sicher aus. Bei Strom kann es unter Umständen zu stundenweisen, beabsichtigten Ausfällen, so genannten Brownouts, kommen. Unternehmen müssen Energie als erfolgskritisch bewerten. Ein Riskmanagement ist zu empfehlen“, gab Neuhöfer dem Auditorium mit auf den Weg.

Es folgte ein moderiertes Expertengespräch, an dem neben Oliver Kaczmarek und Urs Neuhöffer auch Jochen Baudrexl, Geschäftsführer der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH, Thomas Helm, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamm, Henrik Himpe, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Dortmund sowie Stefan Schreiber, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, teilnahmen.

WFG-Geschäftsführer Sascha Dorday, der als Moderator durch die Veranstaltung führte, diskutierte mit den Podiumsteilnehmern die aktuelle Situation der Unternehmen in Industrie und Handwerk. Unterstützungsangebote der Kammern, das Problem fehlender Anschlussverträge für Gas, kreative Lösungen zur Nutzung überschüssiger Energie in Gewerbegebieten sowie die

Möglichkeit Kurzarbeitergeld auch während der Energiekrise zu nutzen, waren weitere Themen.

„Wir stehen vor großen Herausforderungen. Aber was ich heute aus dieser Runde mitnehme stimmt mich zuversichtlich“, schloss der WFG-Chef die Veranstaltung. Bei Getränken und Snacks hatten die Besucher die Gelegenheit mit den Experten ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen, wovon sie rege Gebrauch machten.

**Ratssaal in orangefarbenes
Lichtmeer getaucht: Für
eine Zukunft ohne Gewalt
gegen Frauen**



Ein orangefarbenes Kerzenlicht am Platz eines jeden Ratsmitgliedes erinnerte zur jüngsten Sitzung an einen ganz besonderen Tag: Den 25. November, seit 1991 internationaler Gedenktag für die Opfer von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Und ein Tag, zu dem seit sieben Jahren weltweit im Zeichen des „Orange Day“ repräsentative Stätten in der Farbe Orange beleuchtet werden.

Mit der leuchtenden Aktion zur aktuellen Ratssitzung setzte die Gleichstellungsbeauftragte Martina Bierkämper gemeinsam mit Bürgermeister Bernd Schäfer und den Kommunalpolitiker*innen ein individuelles Zeichen zum Gedenktag in Bergkamen. „Das Orange symbolisiert eine Zukunft ohne Gewalt gegen Frauen“, sagt die Bergkamener Gleichstellungsbeauftragte. „Wir fordern dazu auf, die Augen nicht zu verschließen und sich gegen Gewalt in jeglicher Form einzusetzen.“

In Deutschland ist statistisch jede vierte Frau mindestens

einmal in ihrem Leben von häuslicher Gewalt betroffen. Der diesjährige Slogan #TrautesHeimLeidAllein – gemeinsam gegen häusliche Gewalt! – von der Organisation „Terres des femmes“ ausgerufen – soll deutlich machen, dass Gewalt direkt in der Nachbarschaft oder im Bekannten- und KollegInnenkreis geschieht und hinter einer Fassade vom „trauten Heim“ versteckt wird.

Seit 1991 ist der 25. November offiziell als internationaler Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen in den Vereinten Nationen anerkannt. Der Gedenktag geht auf den Todestag der drei Schwestern Mirabel im Jahr 1960 zurück, die aufgrund ihres Widerstands gegen Diktator Trujillo in der Dominikanischen Republik ermordet wurden.

„Auch wir nehmen diesen Tag zum Anlass, Gewalt gegen Frauen in den Fokus zu rücken, das Schweigen zu brechen: Im Rahmen der Statement-Aktion im Ratstrakt der Stadt Bergkamen erinnern wir, gemeinsam hinzusehen und eben auch zu handeln“ betonen Bürgermeister Bernd Schäfer und die Gleichstellungsbeauftragte Martina Bierkämper.

Zudem mahnt die traditionelle Fahnenaktion der Organisation „Terres des femmes“ am Rathaus am Freitag, 25. November, eine gewaltlose Zukunft für Frauen an. Die mehrteilige Online-Fortbildungsreihe des Bergkamener Mädchen- und Frauen-Netzwerkes am Dienstag, 22. November, schließt mit einem vorerst letzten Vortrag zur „Digitalen Gewalt in Paarbeziehungen“ den Themenkreis.

VHS Bergkamen hat noch Plätze

im Vortrag „Frauen im Rechtsextremismus“ frei

Am Dienstag, 22. November, findet in der VHS Bergkamen ab 18.00 Uhr der entgeltfreie Vortrag „Frauen im Rechtsextremismus“ statt.

In diesem interessanten, brisanten und in der heutigen Zeit auch leider aktuellen Vortrag wird die vielfach unterschätzte und oft als unbedeutend angesehene Rolle der Frau in rechtsextremistischen Parteien, Vereinen und Gruppierungen beleuchtet. Was sind ihre Motive? Wie ist ihr Wirken innerhalb der verschiedenen Ansammlungen? Wie tragen gerade sie zur Festigung rechtsextremer Verbindungen bei? Wie schaffen sie den Ausstieg aus der Szene?

Die Dozentin Cassandra Speer hat an der Ruhr-Universität Bochum ein Masterstudium in Germanistik und katholischer Theologie absolviert. Neben vielen anderen Themenfeldern in der Erwachsenenbildung doziert sie über aktuelle, kunst- oder zeitgeschichtliche Themen u. a. in Volkshochschulen, Familienbildungsstätten oder der Auslandsgesellschaft Dortmund.

Anmeldungen sind bequem online möglich über www.vhs.bergkamen.de oder per Mail an vhs@bergkamen.de. Selbstverständlich nimmt das Team der VHS Anmeldungen gerne telefonisch unter 02307-284952 oder 284954 und persönlich während der Bürozeiten der VHS Bergkamen entgegen.

EAK wählt neuen Kreisvorstand: Elke Middendorf als stellvertretende Vorsitzende betätigt



Von links: Peter Bednarz, Elke Middendorf, Ministerin Ina Scharrenbach MdL, Pfarrer Hartmut Marks, Annika Brauksiepe und Wilfried Feldmann. Foto: Sibylle Weber

Die Jahreshauptversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU fand 9.11.2022 im Evangelischen Kreiskirchenamt in Unna statt. Der EAK ist beim letzten Bundesparteitag der CDU von einem Arbeitskreis zu einer Vereinigung ernannt worden. Damit verbunden ist ein größeres Mitspracherecht z.B. bei ethischen Entscheidungen.

Als Vorsitzender wurde Hartmut Marks aus Werne einstimmig wiedergewählt. Ebenso seine Stellvertreterin Elke Middendorf aus Bergkamen. Als Beisitzer fungieren Peter Bednarz

(Schwerte, Heide Willimek, Annika Brauksiepe (beide Werne) und Wilfried Feldmann aus Schwerte.

Im Anschluss fand der „Bericht aus Düsseldorf“ von der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau, und Digitalisierung Ina Scharrenbach MdL statt. Die Ministerin berichtete über die Schwierigkeiten, die angestrebte Zahl an Wohnungen angesichts gestiegener Preise und fehlender Materialien fertigstellen zu können. Daran werde aber mit Nachdruck gearbeitet.

Ein Hindernis sei auch die überbordende Bürokratisierung. Hemmnisse müssten abgebaut werden. Die Digitalisierung, ihr neues Ressort, müsse dringend forciert werden. Das sei ihr ein ganz wichtiges Anliegen.

Oliver Kaczmarek: Bund verlängert Förderung der Sprach-Kitas um ein halbes Jahr – dann sind die Länder gefordert



Oliver Kaczmarek

Die Ampel-Koalitionäre haben sich darauf verständigt, für ein weiteres halbes Jahr insgesamt 109 Millionen Euro für das befristete Bundesprogramm Sprach-Kitas zur Verfügung zu stellen. Damit wird sichergestellt, dass die Strukturen des Programms über den 31.12.2022 hinaus erhalten bleiben und keine Lücke entsteht, bevor die Bundesländer die Arbeit in den Sprach-Kitas über das KiTa-Qualitätsgesetz oder aus Landesmitteln weiter finanzieren können.

„Wir wissen, wie wichtig sprachliche Bildung für den weiteren Lebensweg von Kindern ist. Sprache ist das Fundament für Teilhabe und für gerechte Bildungschancen von Anfang an. Mit der von uns gebauten Brücke für Sprach-Kitas erhalten die Fachkräfte endlich das lang erhoffte Signal, dass sie ihre wichtige Arbeit weiter fortführen können und wir schaffen ebenso Klarheit für die Familien und Träger,“ erklärt Oliver Kaczmarek, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Unna 1.

Auch zukünftig wird der Bund die Länder bei ihrer Aufgabe unterstützen, die Qualität in der frühkindlichen Bildung weiter zu verbessern. Dazu wird das Gute-KiTa-Gesetz im Rahmen des KiTa-Qualitätsgesetzes weiterentwickelt.

„Wichtig ist, dass die Länder die Brücke bzw. die Zeit jetzt auch nutzen, um schnellstmöglich dafür zu sorgen, die Sprach-Kitas zu sichern. Dafür fordern wir alle Länder nachdrücklich auf, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um die geschaffenen Strukturen der Sprach-Kitas nahtlos fortsetzen zu können,“ so Kaczmarek weiter.

Zukunft gestalten: Land NRW fördert das Engagement von Vereinen, Stiftungen und Initiativen mit 2.000 x 1.000 Euro –

Der Kreis Unna nimmt erneut am Landesprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ teil – Antragsstart ist der 1. Januar 2023. Dann können engagierte, zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen im Kreis Unna wieder einen Antrag auf Förderung stellen. Dafür stellt das Land Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2023 insgesamt zwei Millionen Euro zur Verfügung. Doch auch für das laufende Jahr gibt es noch die Chance, eine Förderung zu beantragen.

Der Kreis Unna erhält 2023 aus dem Programm 39.000 Euro Fördermittel. Das Schwerpunktthema des Förderprogramms lautet im kommenden Jahr „Zukunft gestalten – nachhaltiges Engagement leben“. Landrat Mario Löhr: „Nachhaltigkeit ist im Moment das Thema schlechthin – deshalb trifft es genau den Nerv der Zeit. Ich hoffe, dass wir viele Projekte aus dem Kreis Unna so finanziell unterstützen können.“

Wer ist antragsberechtigt?

Antragsberechtigt sind neben Vereinen und Stiftungen beispielsweise auch Initiativen. Darin unterscheidet sich das Programm von anderen. So können auch Nachbarschaftsinitiativen, die etwas für die Gemeinschaft im Stadtteil initiieren möchten, einen Antrag einreichen.

Die Antragstellung ist über das Portal www.engagementfoerderung.nrw ab dem 1. Januar 2023 möglich.

Im Kreis Unna steht Marten Schneider vom Steuerungsdienst des Kreises Unna als Ansprechperson zur Verfügung. Erreichbar ist er unter Fon 0 23 03 / 27 – 41 10 oder per E-Mail an marten.schneider@kreis-unna.de.

Anträge auch für 2022 noch möglich

Übrigens: Aktuell läuft noch das Programm 2022. Thema derzeit ist „Gemeinschaft gestalten – engagierte Nachbarschaft leben“. „Vereine, Stiftungen oder auch Nachbarschaftsinitiativen, die etwas für die Gemeinschaft im Stadtteil initiieren möchten, können noch einen Antrag einreichen, wenn die Maßnahme noch in diesem Jahr durchgeführt wird“, so Marten Schneider vom Steuerungsdienst.

– Max Rolke –

- Informationen zum Förderprogramm und zur Antragstellung können auf www.engagiert-in-nrw.de abgerufen werden.

Jetzt doch Windkraft- oder Photovoltaikanlagen auf den Bergehalden? – Gemeinsamer Antrag von fünf Fraktionen des Stadtrats

Beim Sprecher des Aktionskreises „Wohnen und Leben Bergkamen“ Karlheinz Röcher und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern mögen jetzt die Sektkorken knallen – zumindest ein bisschen. Jahrelang haben sie sich für den Bau von Windkraftanlagen auf den Bergkamener Bergehalden ausgesprochen. Die Resonanz beim

größeren Teil der Ratsfraktionen war bisher zurückhaltend bis ablehnend. Das hat sich angesichts von Energie- und Klimakrise geändert.

Gemeinsam legen die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und die Linke dem Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am 17. November einen Antrag vor, in dem der Regionalverband Ruhr (RVR) aufgefordert wird, geeignete Standorte für Windkraft- und oder Photovoltaikanlagen auf den Halden zu benennen. Eine Voraussetzung gibt es aber für die Fraktionen: Diese Standorte müssen „ein verträgliches Mit- oder Nebeneinander von Anlagen zur Energieerzeugung, Naherholung, Freizeit und Tourismus sowie Natur- und Umweltschutz ermöglichen“.

Weiter heißt es in dem Antrag: „Weiterhin sollen die weiteren Planungsschritte in enger Abstimmung zwischen dem RVR, dem Rat und der Verwaltung der Stadt Bergkamen erfolgen. Ebenso sollen die GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen, Bönen, Bergkamen bei einer konkreten Planung und Umsetzung einbezogen werden.“

Dieser Satz mag dem Aktionskreis nicht so ganz schmecken: Eine „Bürgerbeteiligung“ wird in dem Antrag nicht erwähnt. Die soll nach den Plänen des Aktionskreises über eine „Bürger-Energiegenossenschaft“ hergestellt werden. Geplant ist, diese Genossenschaft Anfang kommenden Jahres zu gründen.

Vorab hatte der RVR eine Potentialanalyse für seine Bergehalden als mögliche Standorte für Windkraft- und Photovoltaikanlagen veröffentlicht. Die Bergkamener Halden gelten seitdem als denkbare Kandidaten. Als Hinderungsgrund nannte ein Vertreterin des RVR, die in Bergkamen die Ergebnisse der Untersuchung in einer Veranstaltung des Aktionskreises im September den Widerstand der Kommunalpolitik gegen diese Planungen. In Bergkamen hat sich dies offensichtlich gründlich geändert.